

publik würdigte besonders die konsequente Unterstützung der Sozialistischen Republik Rumänien, die sie der DDR für die internationale Anerkennung, die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen auf der Grundlage des Völkerrechts und die ungehinderte Teilnahme am internationalen Leben leistet.

Beide Seiten unterstützen die gerechte Forderung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, das Münchner Abkommen von Anfang an für ungültig anzuerkennen. Sie sind der Auffassung, daß eine entsprechende Übereinkunft zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland ein wichtiger Beitrag zur Gewährleistung des Friedens in Europa wäre.

Beide Delegationen betonten die Bedeutung der Beziehungen der guten Nachbarschaft, der Zusammenarbeit und Verständigung auf dem Balkan, in Mitteleuropa und in anderen Regionen des europäischen Kontinents. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, auch weiterhin für die Entwicklung solcher Beziehungen einzutreten, die zur Förderung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Kooperation, der Zusammenarbeit und Freundschaft auf regionaler und gesamteuropäischer Ebene sowie zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in der Welt beitragen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sozialistische Republik Rumänien werden auch weiterhin die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern sowie mit anderen Staaten der Welt ohne Unterschied ihrer Gesellschaftsordnung im Geiste der Politik der friedlichen Koexistenz fördern. Beide Delegationen unterstrichen, daß der wirtschaftliche und soziale Aufschwung der Entwicklungsländer eine wesentliche Forderung des Friedens und des allgemeinen Fortschritts ist.

Beide Seiten verurteilen aufs schärfste die neuen Aggressionsakte der USA und fordern mit aller Entschiedenheit die unverzügliche Beendigung aller gegen die Demokratische Republik Vietnam gerichteten militärischen Aktionen, den vollständigen Abzug aller USA-Truppen und ihrer Verbündeten aus Indochina sowie die Einstellung der zum Scheitern verurteilten Politik der „Vietnamisierung“, die eine Fortsetzung des Aggressionskrieges darstellt. Beide Seiten sind der Ansicht, daß die USA durch die von ihnen ergriffenen Maßnahmen das Völkerrecht und die Normen des internationalen Handels und Verkehrs aufs gröblichste verletzen.

Beide Delegationen unterstrichen die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der von den USA unterbrochenen Pariser Verhandlungen. Sie treten für eine politische Lösung des Konflikts bei Respektierung der legitimen Rechte der